Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Bezugspreis (freibleibend): in Nagold, d. d. Agenten, durch d. Post einschl. Postgebühr monatl. ℳ 300.–. Einzelnummer ℳ 10.–

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung ℳ 20.—, bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826 — Fernsprecher Nr. 29

Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. – Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

[illegible]

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 293 — Freitag, den 15. Dezember 1922 — 96. Jahrgang

## Nochmals: Festigung der Mark

Der Dollar steht über 8000. Die Völker der Erde stehen heute vor den Trümmern der Weltwirtschaft, die Mitglieder der Entschädigungskommission haben es nicht vermocht, den feinen Mechanismus des internationalen Güteraustausches, der entzwei gegangen war, wieder in Ordnung zu bringen, nachdem sein wichtigstes Glied, das ihm den sicheren gleichmäßigen Gang verbürgte, das beständige Wertverhältnis der verschiedenen Währungen untereinander, die „Weltparität", ihre Funktion eingestellt hat und an ihre Stelle das Valuta-Chaos, die unberechenbare Veränderlichkeit getreten ist. Es ist traurig, daß jetzt erst, in so später Stunde, allgemein die Erkenntnis der tiefsten Ursache des weltwirtschaftlichen Verfalls sich durchsetzen will, die Erkenntnis dessen, daß ein Verlöschen der Lebenskraft von Deutschlands Staat und Wirtschaft, durch übermäßige Kontributionen, Gebietsabtrennungen und handelspolitischen Druck herbeigeführt, auch die übrige Kulturwelt in Todeskälte erstarren lassen muß. Das langsame, aber stete Fallen des französischen Franken mag manchem französischen Heißsporn die Augen öffnen, der heute noch glaubt, eine grenzenlose Gewaltpolitik gegen Deutschland treiben zu können.

Heute kommt niemand mehr, auch Herr Poincaré nicht, um die Wahrheit herum, daß Abhilfe gegen die Weltwirtschaftskrise nur durch Lösung der deutschen Finanzfrage erfolgen kann.

Einst, bis 1914, war eine Frage wie die Festigung der Mark dem großen Publikum ganz unbekannt. Für 4.20 Mk. erhielt man einen Dollar, für 20.50 Mk. ein englisches Pfund, für 80 Pfennig einen schweizer, französischen oder belgischen Franken oder eine italienische Lira. Ebenso stand der Schweizerfranken in festem Verhältnis zum englischen Pfund und der Dollar zum holländischen Gulden. Das ganze System dieser „Parität" ruhte breit und gediegen auf der Goldgrundlage. Zwar gab es Papiergeld und Banknoten, aber — in den Kulturstaaten — nur in einem Ausmaß, das dank der ausgleichenden Tätigkeit der Hauptnotenbanken dem Bedürfnis des Geldmarktes an Zahlungsmitteln, also der Menge der käuflichen Sachgüter und Leistungen, genau angepaßt und durch einen Goldgrundstock sowie durch Handelswechsel nach soliden Grundsätzen gedeckt war. Preisveränderungen auf dem Weltmarkt gingen in der Regel nur von der Warenseite aus, folgten den natürlichen Schwankungen des Warenangebots und der Nachfrage, gemäß den Ergebnissen der wichtigsten Ernten, und gingen deshalb kaum über gewisse Grenzen hinaus. Bargeld wie auch festverzinsliche Kapitalsanlage waren daher sicherste Vermögensaufbewahrung. Darum gab es, von den üblichen Wintervorräten abgesehen, keine Hamsterkäufe.

Die europäische Krise kam. In so gut wie allen Ländern des Verbands wie der Mittelmächte erblickte man in der engen Verbindung zwischen Staatsgewalt und Notenbank den bequemen Weg zur Finanzierung des Kriegs. Banknoten wurden in Massen ausgegeben, die nicht für wirtschaftliche, produktive Bedürfnisse berechnet waren, nicht die herkömmliche Gold- und Wechseldeckung besaßen, und nur eine Scheindeckung durch Schuldscheine des Staats erhielten. Das Fieber der Geldvermehrung und dadurch Geldentwertung schüttelte alle europäischen Währungen.

Als dann wieder Friede einzog, war die Wiederherstellung des Geldwerts, die Einstellung des unbegrenzten Notendrucks, der Abbau der schwebenden Schuld des Staats durch äußerste Sparsamkeit und scharfe Besteuerung das gemeinsame Finanzprogramm aller europäischen Länder, denen England bereits während des Kriegs mit gutem Beispiel vorangegangen war. Gemeinsames Programm, gewiß. Aber zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht gleichmäßig ausgeführt werden konnte. Das wurde bald offenbar. Deutschland, mit der niederziehenden Last des Versailler Vertrags beladen, fand trotz bestem Willen nicht mehr zurück vom Weg der Notenausgabe.

Aber die deutsche „Inflation" muß ja doch zum Stehen kommen, wenn die Weltwirtschaft wieder ins normale Gleis geraten soll. Tatsächlich kann auch Deutschland auf weitere Noten, auf weitere Erschöpfung des letzten Ansehens der Mark verzichten, unter einer Voraussetzung: daß ihm wieder ein Ausgleich im Reichshaushalt gesichert wird, der den Rückgriff auf die schwebende Schuld entbehrlich macht. Ausgleich des Haushalts aber verlangt den befriedigenden Abschluß des Entschädigungsstreits zu wirklichkeitsgemäßen Bedingungen und Gewährung von Anleihen aus den verfügbaren Mitteln der heute reich dastehenden Länder, um den Uebergang ins Normale reibungslos anzubahnen.

Also: Wird Entschädigungsfrage und Anleihefrage gelöst, dann ist es möglich, im Haushalt des Reichs, der Länder und der Gemeinden den Ausgleich herzustellen, Einnahmen und Ausgaben zur Deckung zu bringen. Weiter: Wird der Haushalt ausgeglichen, dann braucht man nichts mehr hinzuzuborgen, dann erübrigt sich die weitere Vermehrung der schwebenden Schuld. Sodann: Hat die Reichsbank endlich einmal Ruhe vor neuen, ewig weiter zu verlängernden Wechseln des Reichs, dann braucht sie nicht mehr die Schaffung neuen Scheingelds, neuer zusätzlicher Kaufkraft fortzusetzen. Dann braucht sie vielmehr Banknoten nur insoweit auszugeben, als dies dem wirtschaftlichen Geldbedürfnis der deutschen Warenerzeugung entspricht. Schließlich: Ist der Geldumlauf wieder in das natürliche Verhältnis zum Güterumlauf gebracht, das Geld dem notgedrungenen Mißbrauch als Kreditbehelf des Staats entzogen und seiner eigentlichen Aufgabe als Wertmesser, Zahlungsmittel und Wertaufbewahrung zurückgegeben, dann ist auch seine Festigkeit erreicht.

Ist das Geld wieder gesund, die Mark wieder fest in ihrem Verhältnis zum Dollar, dann dürfen wir aufs neue aufatmen und uns dessen freuen, daß Schaffen, Fleiß und Sparsamkeit, Vorsorge für die Zukunft und, was auch nicht zu unterschätzen ist, Kapitalsanlage in Reichs-, Staats- und Kommunalpapieren doch seinen Sinn hat. Bei welchem Dollarstand die Mark stabilisiert werden soll? Möglichst bei niedrigerem Dollar als jetzt, damit nicht erst eine das Leben weiter verteuernde Anpassung der immer noch hinter dem jetzigen Kursstande zurückgebliebenen Preise zu erfolgen braucht.

## Der Anschlag auf Harden

Der Rathenau- und der Scheidemannprozeß tagten in Leipzig vor dem Staatsgerichtshof, einem politischen Ausnahmegericht, das zum Schutz der Republik eingerichtet wurde. Da der Rechtsschutz nur „Mitglieder der republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes" gewährt wird, findet der Hardenprozeß vor einem gewöhnlichen Berliner Schwurgericht statt. Das ist kein Schaden. Man glaubt, daß dieses ordentliche Gericht mehr Glück in der Feststellung der Wahrheit hat, als das Leipziger Ausnahme-Tribunal. Man mag über Maximilian Harden, der am 3. Juli dieses Jahrs beinahe totgeschlagen wurde, denken, wie man will. Er hat als Politiker jede Sympathie verloren. Aber er hat als Mensch ein Recht auf Mitleid und als Mitbürger ein Recht auf persönliche Sicherheit. Die Angeklagten des Hardenprozesses, der Landwirt Weichardt und der Buchhändler Grenz, auf deren Armesünderbank der eigentliche „Totschläger", der flüchtige Oberleutnant Ankermann fehlt, haben in der Voruntersuchung zugegeben, daß sie im Auftrag und mit fremder Geldhilfe gearbeitet haben. Nach Zeugenaussagen haben sie alle 14 Tage 25 000 Mark erhalten, und sie lebten seit drei Monaten vergnüglich in Berlin, ehe sie zur Tat schritten. Grenz, der die beiden eigentlichen Täter für die Ausführung der Tat gedungen hat, will durch Briefe aus München dazu angestiftet worden sein. Aber er behauptet, diese Hintermänner nicht persönlich und nicht dem Namen nach zu kennen. Die Briefe waren unterzeichnet mit einem Femestern. Der flüchtige Ankermann hat die Unverfrorenheit gehabt, am Tag nach der Tat im Berliner Bureau der Deutschnationalen Volkspartei zu erscheinen und unter Einbekenntnis dessen, was er angerichtet, vom Grafen Yorck von Wartenburg Geld zur Flucht zu verlangen. Graf Yorck, der sofort polizeiliche Anzeige erstattete, den Attentäter aber nicht hindern konnte, zu fliehen, erinnert sich, daß Ankermann erklärt habe, Mitglied der Organisation C zu sein. Dem steht aber ein Brief des kürzlich verhafteten Kapitäns Erhardt an Harden entgegen, worin Erhardt versichert, daß er den Anschlag aufs tiefste mißbillige. In den Briefen, die der Angeklagte Grenz von der unsichtbaren Feme erhielt, heißt es: „Verräter verfallen der Todesstrafe." Nach den Aussagen einiger Briefträger des Grunewaldbezirks, wo Harden wohnt, soll dessen Haus vor der Tat tagelang von einigen jungen Leuten beobachtet worden sein. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Angeklagten noch mehr Mitwisser hatten. —er.

## Gegen die Politisierung der Rechtspflege

Der Gesamtvorstand des Deutschen Richterbundes hat auf seiner Tagung in Bamberg eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

Mehr denn je werden heute gerichtliche Entscheidungen nach politischen Anschauungen und Wünschen beurteilt; bei der Ausgestaltung des gerichtlichen Verfahrens und der Besetzung der Gerichte sollen immer mehr politische Gesichtspunkte in die Rechtseinrichtungen getragen und namentlich das Berufsrichtertum zurückgedrängt und allmählich lahmgelegt werden. Die deutschen Richter sehen es als ihre selbstverständliche Pflicht an, nur nach Recht und Gerechtigkeit zu urteilen. Es ist für sie ohne Belang, welcher politischen Gesinnung die vor Gericht Stehenden anhängen. Der Deutsche Richterbund wendet sich daher mit Entschiedenheit dagegen, daß Urteile ohne Würdigung des vollen Sachverhalts als politisch beeinflußt hingestellt werden.

Ganz besonders bedauert es aber der Deutsche Richterbund, daß auch einzelne Richterkreise, in Verkennung der wahren staatlichen Aufgaben des Richtertums, Wege eingeschlagen haben, welche den Wiederaufbau nur auf das schwerste schädigen können. Es bestand keine Veranlassung, einen Republikanischen Richterbund zu gründen und so den Anschein zu erwecken, als wären nur seine Mitglieder von der einzig wahren Verfassungsgesinnung erfüllt. Der Deutsche Richterbund lehnt daher den Republikanischen Richterbund entschieden ab.

## Neue Nachrichten

### Verhandlungen zwischen Regierung und Industrie

**Berlin,** 14. Dez. Die Reichsregierung hat sich über die neuen Vorschläge in der Entschädigungsfrage in den letzten Tagen wieder mit hervorragenden Vertretern der Industrie in Verbindung gesetzt.

**Berlin,** 14. Dez. In der heutigen Sitzung des Reichswirtschaftsrats erklärte Dr. Sorge (Krupp), Vorstand des Reichsverbands der deutschen Industrie, entgegen anderslautenden Zeitungsmeldungen wolle er feststellen, daß der Reichsverband es für seine Pflicht halte, die Regierung in der jetzigen schweren Lage Deutschlands zu unterstützen. Die Industrie sei auch bereit, an jeder Lösung, die eine dauernde Gesundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verspreche, mitzuwirken. Die Gerüchte über angebliche Gegensätzlichkeit zwischen Regierung und Industrie seien haltlos und geradezu ein Verbrechen am Vaterland.

### Die Finanznot der Gemeinden

**Berlin,** 14. Dez. Im großen Sitzungssaal des Reichstags fand gestern eine Besprechung der Reichstagsabgeordneten mit Vertretern der Städte und der Kommunalverbände über die Steuergesetze statt. Oberbürgermeister Dr. Blüher-Dresden beleuchtete die überaus schwierige Lage der Gemeinden infolge der Reichsfinanzreform, die den Gemeinden die nötigsten Mittel genommen haben. Vielfach können nicht einmal die Beamtengehälter bezahlt werden. Es wurde betont, daß das Landessteuergesetz allein den finanziellen Zusammenbruch der Gemeinden nicht aufhalten könne, sie müßten ein Zuschlagsrecht von mindestens 25 Prozent der Einkommensteuer erhalten. Bürgermeister Menges von Bernsbach i. B. sprach für den deutschen Landgemeindetag. 37 000 Landgemeinden seufzen vielleicht unter noch größerer Not als die Städte und Kreise.

### Erhöhung der Beamtenbezüge

**Berlin,** 14. Dez. Auf Grund der gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium werden die durchschnittlichen Dezemberbezüge der Beamten und Reichsangestellten gegenüber dem Monat November um 44 Prozent erhöht und noch vor Weihnachten ausbezahlt.

### Nationalsozialisten und Sozialisten

**München,** 14. Dez. Die Sozialdemokratische Partei veranstaltete am Mittwoch 5 Versammlungen, die gegen die neue Partei der Nationalsozialisten gerichtet. Als Antwort beriefen die Nationalsozialisten in den 10 größten Sälen Münchens Versammlungen gegen die internationale Sozialdemokratie ein. Während die sozialdemokratischen Versammlungen bis auf eine ziemlich schwach besucht waren, waren die nationalsozialistischen überfüllt. In allen 10 Versammlungen sprach Hitler. Die Versammlungen verliefen ohne Zwischenfälle.

### Poincarés Stellung gefährdet

**Paris,** 14. Dez. Für die Kammersitzung am Freitag sind drei Anfragen von Tardieu, Daudet und Forgeot vorbereitet. Nach dem „Temps" scheint Poincaré nur eine Erklärung abgeben und eine Aussprache der Kammer vermeiden zu wollen. „Liberté" sagt, daß Poincaré um seinen Kopf spiele, wenn er nicht einsehe, daß Frankreich der Worte und des Wartens müde sei und Taten verlange.

Die Senatskommission für Auswärtiges ersuchte Poincaré um schleunige Aufklärung über die Londoner Konferenz und die Ruhrbesetzung. Vor allem müsse ein Einvernehmen zwischen den Verbündeten gesucht werden, und nur wenn dieses nicht möglich sei, müsse man zur Besetzung usw. greifen.

### Gegen die Besetzung des Ruhrgebiets

**London,** 14. Dez. Im Oberhaus wies Lord Birkenhead nachdrücklich auf die Gefahren hin, die eine französische Besetzung des Ruhrgebietes mit sich bringe. Lord Grey forderte, England solle im Interesse des politischen Friedens und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas seine Guthaben bei den Verbündeten streichen; auf die Dauer könne keine Nation sich dadurch sichern, daß sie ein großes Gebiet mit fremder Bevölkerung besetze.

**Täglich kann abonniert werden.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

# Eine deutsche Gegenrechnung

Die Botschafterkonferenz hat wegen der Vorfälle in Passau und Ingolstadt, die für die betroffenen Ententemitglieder ohne irgend welche Folgen verlaufen sind, bekanntlich neben anderen Sühneforderungen eine geradezu ungeheuerliche Goldkontribution von zwei deutschen Städten gefordert, das, obgleich diese Zwischenfälle von den Kontrollkommissionen offenbar planmäßig provoziert worden sind. Die Entente unter französischer Führung bewertet also eine geringe Unannehmlichkeit für ihre anmaßenden Vertreter derart, daß sie eine Million Goldmark als Genugtuung fordert. Sie liefert damit den Maßstab, nach dem die zahllosen Schandtaten ihrer eigenen Untertanen gegenüber Deutschen bewertet werden müßten. Da handelt es sich freilich nicht nur um kleine Unannehmlichkeiten, sondern in zahlreichen Fällen um vollendeten Mord, um Mord von Deutschen jeden Alters, in Oberschlesien wie im Rheinland. Hier sei nur an einige dieser Schandtaten erinnert: an die Ermordung des Kapitänleutnants v. Däuming in Oberschlesien im Frühjahr 1921 sowie an 14 weitere nachgewiesene Ermordungen durch Franzosen in diesem unglücklichen Lande, an die Erschießung eines Gastwirts in der Eifel, dessen Frau auf ihre Schadensersatzforderungen hin mit Hohn erklärt wurde, sie habe keinen Verlust erlitten, an die Ermordung der Frieda Gaekes in Idstein durch einen Marokkaner, an die Ermordung des Kaufmanns Gohn in Wiesbaden durch den französischen Major Dupie, an die Bluttaten in Sessenheim und Bruchmühlbach, und die ungezählten schweren körperlichen Verletzungen und Vergewaltigungen, die Angehörige der französischen Armee im gequälten Rheinland hohnlächelnd begangen haben. Und in Ludwigshafen wurde am 7. Dezember d. J. der Beamte Emil Hartmann der Ludwigshafener Geschäftsstelle der Reichsvermögensverwaltung in der Wohnung des französischen Sergeanten und Regimentsschneiders von diesem durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt. Hartmann befand sich in Ausübung seines Amtes in der Wohnung des Sergeanten. Er ist inzwischen gestorben.

Wenn also die französische Regierung wegen bloßer Belästigung und Behinderung ihrer völkerrechtswidrigen Kommissionen eine Million Goldmark von uns verlangt, so könnten wir mit viel größerem Recht eine ungleich weitgehendere Genugtuung für die zahlreichen Morde an deutschen Reichsangehörigen fordern. Auf jeden Fall ist es dringend notwendig, das deutsche Volk und das gesamte Ausland darüber aufzuklären, daß Deutschland ein tausendfach größeres Recht hat, Sühne und Genugtuung zu fordern.

# Württemberg

**Stuttgart**, 14. Dez. Vom württ. Landestheater. An den Abschluß des Pfitzner-Zyklus schloß sich in den Räumen der Theaterwirtschaft ein geselliges Zusammensein der Künstler, Sänger und Musiker mit Pfitzner, woran auch die Vertreter des Kultministeriums sowie der Theaterleitung teilnahmen. Staatspräsident Dr. Hieber gab den Gefühlen der zahlreichen Versammlung Ausdruck: Man stehe unter dem Eindruck, besonders in der Pfitzner'schen Cantate, die durch den Philharmonischen Chor glänzend aufgeführt worden sei, eine neue Kunstform in der Entwicklung der Musik, einen Fortschritt in der Vertiefung und [illegible] habe die Aufführung der Pfitzner'schen Werke in diesen Wochen eine besondere Weihe gegeben; es könne stolz darauf sein, doppelt stolz, wenn die Wiedergabe, wie er zu wissen glaube, die vollste Anerkennung des bekanntlich sehr kritischen Meisters selbst gefunden habe. Das Landestheater stehe in seinen künstlerischen Leistungen auf einer Höhe, die es den ersten Kunststätten Deutschlands, ja der Welt ebenbürtig erscheinen lasse. Auf die Rede des Staatspräsidenten, die mit einer begeistert aufgenommenen Ehrung des gefeierten Künstlers schloß, erwiderte Pfitzner gerührt in Worten wärmster Anerkennung für die Leistungen des Landestheaters und des Dankes an den Intendanten Kehm, dem das wesentlichste Verdienst an der ausgezeichneten Wiedergabe seiner Werke zukomme.

**Stuttgart**, 14. Dez. Fürsorgemaßnahmen. Zufolge Anregungen aus dem Landtag sind von der württ. Regierung den Amtskörperschaften und Gemeinden zur Beschaffung von Kartoffeln für die minderbemittelte Bevölkerung Vorschüsse in Höhe von rund 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, die bis Ende März 1923 zurückzuzahlen sind. Ferner sind mit der Reichsbank Verhandlungen über ein namhaftes Darlehen an die Amtskörperschaften und Gemeinden unter Bürgschaft der Regierung zur Beschaffung von Getreide usw. im Gang. Dem Landtag wird die gewünschte Vorlage über staatliche Unterstützung der Kleinrentner und sonstige Hilfsbedürftige, bis die reichsrechtliche Regelung eintreten kann, zugehen.

**Stuttgart**, 14. Dez. Schließung einer staatlichen Sammlung. Infolge der Kälte muß die vorgeschichtliche Abteilung der staatlichen Kunstsammlung geschlossen werden. Die Wiedereröffnung wird erfolgen, sobald die Temperatur in den Räumen für die Aufseher wieder erträglich geworden ist.

**Stuttgart**, 14. Dez. Württ. Lehrerverein. Auf Grund der in allen 75 Bezirken vorgenommenen Wahl zum Gesamtvorstand des Württ. Lehrervereins wurde der bisherige erste Vorsitzende Löchner mit 2411 von 2482 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Zweiter Vorsitzender des Gesamtvorstands ist Rektor Reichert-Stuttgart. Dem Gesamtvorstand gehört auf Grund der Wahl auch der Vorstand des Evang. Oberschulrats, Präsident Dr. Reinöhl, an. Bei den Wahlen haben von 4760 Vereinsmitgliedern 2432 gleich 52 Prozent abgestimmt.

**Stuttgart**, 14. Dez. Landtagseröffnung. Heute [illegible]mittag trat der Landtag zu kurzer Tagung zusammen. [illegible] den zurückgetretenen Abg. Rapp wird der Landwirt [illegible] ob Obenland in den Landtag und in die Fraktion [de]s Bauernbunds eintreten. Die Rechte erhält dadurch 28 Mitglieder. [illegible]chst kommen dann einige kleine Anfragen, Preis[illegible]ng, Nebenarbeit in den Banken u. a. ohne [In]teresse zur Erledigung. Die Rechte lehnt durch [illegible] bei die neuen Staatsrentämter ab, für die [illegible]mann (Soz.) eine Lanze bricht. — Das Polizeiverwaltungsgesetz wird in allen drei Lesungen angenommen.

**Eßlingen**, 14. Dez. Diebstahl. An dem laufenden Brunnen beim Friedhof wurde die Kupferplatte, die einen Wert von mindestens 100 000 M hatte, gestohlen.

**Tamm**, OA. Ludwigsburg, 14. Dez. Der Briefträger Most wurde auf seinem Dienstgang zum Bahnhof von einem fremden Burschen nach kurzem Wortwechsel in den Rücken gestochen und lebensgefährlich verletzt. Drei auswärtige Burschen wurden festgenommen. Während der Vernehmung auf dem Rathaus sammelte sich eine große Menschenmenge an, die nur schwer abgehalten werden konnte, die Festgenommenen beim Abtransport in das Gerichtsgefängnis zu verprügeln. Die Festgenommenen leugnen.

**Ulm**, 14. Dez. Grabschändung. Die beiden Jugendlichen Hugo Fischer von Ulm und Anton Rittelmann von Söflingen schlugen in dem neuen Friedhof von zahlreichen Grabstätten Bronzeplatten, Blumen und Kränze ab und verkauften das Metall an einen Altmetallhändler. Viele Grabstätten wurden schwer beschädigt.

**Ein Eierwucherer.** Das Wuchergericht Memmingen verurteilte den Eierhändler Josef Feuerstein von Ulm wegen Preistreiberei zur Gefängnisstrafe von 1 Monat und zu Geldstrafe von 40 000 M, event. zu weiteren 266 Tagen Gefängnis. Er hat im Bezirk Neu-Ulm und im Bezirk Illertissen den angemessenen Erzeugerpreis um das Doppelte überboten.

**Heidenheim**, 14. Dez. Für die Opfer der Geldentwertung soll durch eine sogenannte Wohlfahrtsstunde eine großzügige Unterstützung aufgebracht werden, indem Beamte, Angestellte und Arbeiter ½ Prozent ihres Monatseinkommens und die Selbständigen in Handel, Handwerk und Landwirtschaft einen entsprechenden Betrag nach Selbsteinschätzung opfern.

**Aulendorf**, 14. Dez. Stiftung. Graf Königsegg-Aulendorf hat für die Mittelstands- und Kleinrentnerhilfe den Bezirksorganisationen Saulgau und Waldsee und der Zentralstelle Stuttgart zusammen 1 Million Mark überwiesen.

**Langenargen**, 14. Dez. Gestohlenes Schwein. In der Nacht zum Sonntag war einem Landwirt hier ein Zuchtschwein im Wert von 70 000 M gestohlen worden. Als Täter wurden der Schiffsführer Johann Strobel und der Installateur Ernst Hogsturz aus Langenargen ermittelt. Das Schwein war schon geschlachtet.

**Köngen**, OA. Eßlingen, 14. Dez. Münzenfund. Sattlermeister Ernst Sonn fand in letzter Zeit eine römische Goldmünze des Kaisers Antonius Pius. Ein Reisender aus der Pfalz gab ihm 4 Zwanzigmarkstücke in Gold dafür.

**Plochingen**, 14. Dez. Unter die Räder. Der 18 Jahre alte Arbeiter Karl Guilliard von Steinbach verließ auf der Fahrt von Untertürkheim hierher den Eisenbahnwagen. Hierbei fiel er vom Zuge. Durch die nachfolgenden Wagen wurde ihm der linke Oberarm abgerissen und erlitt auch sonst noch mehrere Verletzungen am Kopf. Der Verunglückte schleppte sich noch auf die Bahnstation, von wo aus er in das Johanniterkrankenhaus verbracht wurde.

**Mühlen a. N.**, 14. Dez. Gemeinheit. Bei einem Landwirt fanden sich morgens 8 Gänse und 24 Enten vergiftet vor, desgleichen wurde bei einem Schuhmacher nachts ein Einbruchsdiebstahl verübt und Lederwaren und sonstige wertvolle Gegenstände entwendet. Den Tätern ist man auf der Spur.

**Ellwangen a. J.**, 14. Dez. Studentenkongregation. Am Freitag hielt die Studentenkongregation ihr 3. Stiftungsfest. Pater Fleisch hielt eine weihevolle Ansprache, nahm die Weihe der Fahne vor und Neuaufnahmen. Die Zahl ist nunmehr 75. Die weltliche Feier fand im Lammsaal statt, wobei Pater Fleisch über das Motto der Kongregation: Religion, Jugend und Fröhlichkeit sich verbreitete. Die neue Fahne stammt aus dem Canisiushaus in Gmünd. Die Schüler des Gymnasiums und der Realschule finden in dieser neuen Pflanzstätte gute Unterkunft.

**Rottweil**, 14. Dez. Heimatnot. Die Haussammlungen für die Heimatnot haben in Rottweil und Altstadt 306 600 M eingebracht. Ferner wurden etwa 600 Meter Baumwollstoff, Kohlen und Lebensmittel gespendet.

*

**Vergebungsordnung.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatliche Preis- und Schiedsamt für öffentliche Arbeiten hat die Vergebungsordnung, ferner die allgemeinen Bedingungen für die Ausführungen von Arbeiten und für Lieferungen, die besonderen Bedingungen über die Ausführung von Arbeiten sowie die Ausmaßbestimmungen nunmehr in Buchform herausgegeben. Das Buch wird für das gesamte Baugewerbe von Bedeutung sein, weil die in ihm enthaltenen Bestimmungen in der Zukunft für alle Vergebungen im Baugewerbe durch württ. Staats- und Gemeindebehörden grundlegend sein werden. Der Preis beträgt 300 M. Bestellungen sind an das Preis- und Schiedsamt in Stuttgart, Wiederholdstr. 20, zu richten. Eine Neuauflage ist bei der Höhe der Druckkosten unwahrscheinlich.

**Neue Lotterie.** Der Stadtgemeinde Liebenzell, dem Südwestdeutschen Kanalverein in Stuttgart und dem Verein Freilichttheater E. V. in Stuttgart ist die Erlaubnis erteilt worden, zugunsten des im Jahre 1922 erbauten Kursaals, zur Beschaffung von Mitteln zur Deckung der Kosten für die Vorarbeiten des Neckar-Donaukanals, für den Wiederaufbau des im Jahre 1921 abgebrannten Freilichttheaters im Bopserwald bei Stuttgart eine gemeinsame Lotterie mit 25 000 Losen zum Einzelpreis von 60 M zu veranstalten. Die Ziehung findet am 18. April 1923 statt.

*

**Mannheim**, 14. Dez. Die Streiklage in der Bad. Anilinfabrik in Ludwigshafen ist unverändert. Die Fabrikleitung hat 12 Bedingungen für die Wiedereinstellung der Arbeiter aufgestellt, die von einer Versammlung der Streikenden abgelehnt wurden. Letztere verlangen die Beiziehung der Streikleiter zu den Verhandlungen, was die Direktion verweigert.

**Niederschwörstadt**, 14. Dez. Zur Errichtung des Kraftwerks am Rhein bei Niederschwörstadt fanden hier in den letzten Tagen Besprechungen statt. Das Kraftwerk, welches das größte der bisher bestehenden Rheinkraftwerke sein wird, soll die Schweiz und Baden je zur Hälfte mit Strom beliefern.

**Vom Bodensee**, 14. Dez. Kropfkrankheit. Am württ. Bodenseeufer nimmt die Kopfkrankheit überraschend zu. In Friedrichshafen wurden bereits von Amtswegen Mittel ergriffen. In Tettnang hat der Oberamtsarzt festgestellt, daß 37 Prozent der Schulkinder mit Kropf behaftet sind. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, nach dem Beispiel Friedrichshafens an die Schulkinder ein Jahr lang in jeder Woche ein Zeltchen mit 3 Milligramm Jod auf Gemeindekosten zu verabreichen. Auch in anderen Gemeinden der Gegend wie in Berg, Tanna, Meckenbeuren werden solche Maßnahmen ergriffen.

Ein Schweizer kaufte dieser Tage in Konstanz einen Füllfederhalter. Um den Ausfuhrpreis zu sparen, wollte er ihn heimlich über die Grenze bringen, wurde aber dabei abgefaßt. Die ansehnliche Geldstrafe von 500 000 M wird ihn wohl von weiteren Valutakäufen zurückhalten.

*

I.C. **Was verteuert die Lebensmittel?** Ein Gutspächter des badischen Hinterlands hatte große Flächen Kartoffeln angebaut. Als die Zeit der Ernte gekommen war, versuchte er mit allen Mitteln, Arbeitskräfte zur Bergung der Kartoffeln zu bekommen. Er ließ nicht nur in den umliegenden Gemeinden seine günstigen Arbeitsbedingungen ortsüblich bekannt machen, sondern wandte sich, da die Bevölkerung infolge der schlechten Witterungsverhältnisse noch vollauf mit der eigenen Kartoffelernte beschäftigt war, an städtische und staatliche Behörden und private Personen und Vereinigungen, um Arbeitskräfte zu erhalten. Alle diese Schritte blieben erfolglos. Schließlich bot der Gutspächter die Kartoffeln der Stadt Heidelberg ab Boden zu 200 M den Zentner an, zu einer Zeit, wo in der betreffenden Gegend der Zentner Kartoffeln ab Bahn 450—500 M kostete. Die Stadt Heidelberg stellte nun, wie die „N. Bad. Landesztg." berichtet, Berechnungen an, wieviel der Zentner Kartoffeln ihr kosten würde, wenn sie mit städt. Arbeitern erntete, zur Bahn führe und sie dann mit der Bahn nach Heidelberg brächte. Sie kam zu dem Ergebnis, daß der Zentner sich auf 900 bis 1000 M stellen würde! Der Erzeuger also, der für die Bearbeitung des Bodens, für künstliche Düngung, für Saatgut usw. die hohen Kosten hat, will die Kartoffeln zu 200 M verkaufen, die Erntearbeiten und die Transportkosten allein aber kosten der Stadt H. 700—800 M, demnach das Vierfache des Erzeugerpreises.

# Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 15. Dezember 1922.

**Gemeinderatssitzung vom 13. Dez.** Der Vorsitzende dankte zunächst den Mitgliedern der Wahlkommissionen und den Zählern bei der Gemeinderatswahl für die freiwillige Uebernahme des Amts und die Beteiligung an dem überaus schwierigen Stimmenzählgeschäft. Im Einlauf befindet sich eine herzliche **Einladung** an Stadtvorstand und Gemeinderat von der Kleinkinderschule, geschrieben von kleiner Kinder Hand, zur Weihnachtsfeier am Thomasfeiertag. Kindern und Schwestern wird hiefür freundlich gedankt. Beim gestrigen **Nadelstammholzverkauf** sind 499,95% der neuesten Landesgrundpreise erzielt worden. Aus dem Erlös soll zu dem vorhandenen Mehlvorrat ein weiterer **Waggon Weizen** gekauft werden. Nach Mitteilung der Eisenbahnbauinspektion Calw soll mit der Erweiterung des **Verladeplatzes auf dem hiesigen Güterbahnhof**, die schon seit Jahren angestrebt wird, noch diesen Winter begonnen werden, wenn der Grunderwerb durchgeführt sei. Der Gemeinderat ist mit der Einleitung von Verhandlungen mit den beteiligten Grundeigentümern einverstanden. An Miete, für Heizung, Beleuchtung, Reinigung und Bedienung der **Bezirksgeometerstelle** zahlt das Landesfinanzamt bisher 1000 M. Ein Gesuch um wesentliche Erhöhung dieses Betrags wird eingereicht. Schuldiener Harr hat bisher für die Stellung der **Putzmaterialien** im Gewerbeschulhaus eine Pauschalentschädigung erhalten. Wie bei den Schuldienerinnen wird auch bei Harr der Putzmaterialienaufwand in tatsächlichem Betrag auf die Stadtkasse übernommen. **Die Mieten in den städt. Gebäuden** sind ab 1. Oktober entsprechend den heutigen Verhältnissen erhöht worden. Zu einer **Weihnachtsgabe für die hiesigen Kriegerwitwen und Waisen** steht der Zinsertrag der Kriegerstiftung mit 571 M zur Verfügung, außerdem wird wie in den Vorjahren aus städtischen Mitteln ein Beitrag von 10 000 M verwilligt. Ebenso zu einer Weihnachtsgabe für die **Obdachlosen im Spital** und die **Spitaliten** ein Betrag von 1000 M. **Der Ehrensold** der Kriegsveteranen und der **Stiftungszins** auf den 2. Weihnachtsfeiertag wird den Geldverhältnissen entsprechend auf je 100 M erhöht. Der Mindestsatz für die **Neujahrswunschenthebungskarten** wird heuer auf 50 M festgesetzt. Bei dem teueren Portoaufwand einerseits und der Not verschämter Armen auf der anderen Seite wird diese Wohlfahrtseinrichtung der Einwohnerschaft aufs wärmste empfohlen. Der Verein **Tübinger Studentenhilfe** teilt mit, daß er durch Studenten am nächsten Samstag und Sonntag eine Haussammlung in den landwirtschaftlichen Kreisen des Oberamtsbezirks auf Grund der Zusage der landwirtschaftlichen Organisationen durchführen wolle. Angesichts der Notlage, die unter einem großen Teil der Studentenschaft herrscht, soll auch diese Sammlung den beteiligten Gebern empfohlen sein. Aus der Stadtkasse wird ein Geldbeitrag von 5000 M verwilligt. Einer ganz besonderen Bedeutung ist aber bei uns der **Sammlung Heimatnot** beizumessen. Sie hat den Zweck, den durch die Zeitverhältnisse unverschuldeter Weise in Not gekommenen Angehörigen des **Mittelstands** und der unter die **Altershilfe** fallenden **alten Leute** des Arbeiterstandes, die keine Sozialrente beziehen, in erster Linie unter die Arme zu greifen und ihr trauriges Los einigermaßen zu lindern. Obwohl die Zeit vor Weihnachten durch die vielen sonstigen Verpflichtungen nicht besonders günstig erscheint, so ist ein weiteres Hinausschieben der Sammlung unter keinen Umständen angängig. In den nächsten Tagen wird deshalb durch freiwillige Kräfte von Haus zu Haus gesammelt werden, es wäre denn, daß einzelne Geber ihre Gabe direkt an die Sammelkasse, die Oberamtssparkasse Nagold, und die Gewerbebank Nagold leisten würden. An die Industrie und Gewerbebetriebe, sowie an die Arbeiterschaft soll herangetreten werden, eine Wohlfahrtsstunde zu übernehmen, d. h. in allen Betrieben möchte eine Stunde zu Gunsten dieser Notleidenden mehr geleistet werden. $\frac{2}{3}$ der Sammlung sollen hier bleiben, $\frac{1}{3}$ in den Landesausgleichsfonds kommen. Wer es aber wünscht, daß das ganze Geld hier bleibt, kann dies im einzelnen bedingen. Wenn auch eigene Not und Sorgen heute fast jeden drücken, so möchte der Gemeinderat gerade diese Sammlung aufs nachdrücklichste unterstützen und jedermann, ob Hand-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

werker oder Bauer, ob Arbeiter oder Fabrikant, ob Kaufmann oder Beamter, möge zu diesem Werk beitragen, was in seinen Kräften steht. Unwürdig und schuldbeladen, heißt es in dem Aufruf einer Organisation, ein Volk, das nicht die Kraft aufbrächte, seine Alten und Schwachen vor dem Hungertode zu bewahren. Soziales Empfinden und der Gedanke an die eigene dunkle Zukunft muß uns leiten". In der **Sylvesternacht** um 12 Uhr sollen einer Anregung der Kirchengemeinde folgend auch die städtischen Glocken kurze Zeit geläutet werden. Die **Leichenschaugebühren** werden von 90 auf 400 M erhöht. Die **Belohnung des Freibankmetzgers** Häußler richtet sich künftig nach dem jeweiligen Stundenlohn eines städt. Arbeiters, also derzeit 150 M. Auf Grund eines Minist.Erlasses wird die Gebühr für die **Polizeistundverlängerung** für die erste Stunde, also von 12—1 Uhr auf 200 M für die zweite Stunde von 1—2 Uhr nachts auf 300 M erhöht. Der Ortsvorsteher ist ermächtigt, in geeigneten Fällen Ausnahmen zu bewilligen. Das **Elektrizitätswerk** hier hat nach dem Vorgang anderer Werke infolge der Teuerung der Kohlen, des Schmier- und Treiböls, der Löhne u. Materialien usw. eine Verdoppelung der **Novembersätze** also für die Lichtkilowattstunde 96 M, f. d. Kraftkilowattstunde 80 M ab 1. Dez. beantragt. So bedauerlich diese Erhöhungen an sich sind und so schwer sie gerade den alten Mittelstand treffen, so konnte der Gemeinderat unter dem Zwang der Verhältnisse keine Einwendung erheben. Die Preise bei anderen Werken sind teils ebenso hoch, teils noch höher, in einigen Fällen aber auch noch geringer. Der Stadtbaumeister teilte mit, daß das **städt. Wasserwerk** mit **Pumpstation** in der nächsten Woche im Gronau und Gangen seiner Vollendung entgegen gehe. Um die Dammaufschüttungen sich setzen zu lassen und insolge verschiedener Kleinarbeiten besonders des Innenanstrichs des Hochbehälters, könne aber das Werk voraussichtlich erst im März nächsten Jahres in Betrieb genommen werden. Wohnungssachen und Dekreturen bilden den Schluß der arbeitsreichen Sitzung.

**Fortdauer des Konflikts zwischen Krankenkassen, Zahnärzten und Dentisten.** Vom Wirtschaftl. Verband Deutscher Zahnärzte, Landesverband Württemberg, und vom Württ. Dentisten-Verband erhalten wir folgende Zuschrift: „Wie schon mitgeteilt, wurde der vertragslose Zustand zwischen den Württ. Krankenkassen einerseits, den Zahnärzten und Dentisten andererseits, dadurch hervorgerufen, daß die Kassen den von dem unparteiischen Vorsitzenden gefällten Schiedsspruch ablehnten. Wenn also heute der vertragslose Zustand besteht, so trägt einzig und allein die Schuld daran die Arbeitsgemeinschaft der württ. Krankenkassenverbände. Zahnärzte und Dentisten beugten sich dem Schiedsspruch, obwohl er nur das Minimum dessen bot, was ihre Existenzmöglichkeit forderte. Während z. B. in der Vorkriegszeit eine Zahnextraktion mit 60 ₰ bis 1 M bezahlt wurde, gewährte der Schiedsspruch für das 3. Vierteljahr 25,50 M, also durchschnittlich das 32fache. Das Angebot der Krankenkassen war hierfür nur 18 M; also durchschnittlich das 22fache. Dies zu einer Zeit, in welcher der Reichsteuerungsindex (sogar ohne Bekleidung) schon auf das rund 80fache gestiegen war. Beamte in ähnlicher Stellung erhielten in dieser Zeit rund das 81fache ihres Friedensgehalts. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Zahnärzte und Dentisten mit enorm gesteigerten Unkosten für Materialien usw. zu rechnen haben, die sich nicht entsprechend dem Reichsteuerungsindex, sondern in den wichtigsten Punkten entsprechend dem Industrieindex bzw. dem Dollarkurs erhöht haben. Die Berechtigung der Forderungen der Zahnärzte und Dentisten dürften hiermit jedem rechtlich Denkenden billig erscheinen."

# Kauft keine Feindbundwaren!

# Letzte Drahtnachrichten.

### Vermittlungsangebot Hardings?

**London**, 14. Dez. Die „Times" meldet aus Washington, in einem zweistündigen Kabinettsrat habe Präsident Harding auf die Notwendigkeit hingewiesen, den gefährlichen Zustand in Europa zu bessern. Die amerikanische Regierung werde zwar größte Zurückhaltung üben müssen, aber es sei alles zu tun, um eine befriedigende Lösung zustandezubringen. Ein neuer Vertrag müsse zur Rettung des Friedens sogleich in Angriff genommen werden. Harding soll für eine Verständigung der europäischen Staaten seine Vermittlung angeboten haben. Die Zusammenkunft der drei amerikanischen Botschafter in London während der Konferenz der vier Ministerpräsidenten steht ohne Zweifel mit dem neuen Schritt Hardings in Zusammenhang. Doch dürfte das Vorgehen Hardings ausschließlich der Verständigung über die Entschädigungsfrage gelten; an irgendwelche Zugeständnisse bezüglich der Verbandsschulden bei Amerika ist vorläufig jedenfalls nicht zu denken.

### Lebhafte Sitzungen im Unterhaus

**London**, 14. Dez. Das englische Unterhaus erlebt jetzt Sitzungen, wie sie in England bisher kaum bekannt waren. Gestern nachmittag kam es öfters zu solchem Lärm, daß der Sprecher (der die Ordnung führende Abgeordnete) die Ruhe kaum mehr herstellen konnte. Die Arbeitervertreter waren von der Antwort Bonar Laws über die Arbeitslosenfrage nicht befriedigt und bezeichneten die eine Million Sterling, die dafür ausgegeben werden soll, als ungenügend. Sie überhäuften den Erstminister mit Anfragen. Der Arbeiterabgeordnete Pickwood rief: „Wenn die Forderungen der Arbeiter nicht auf verfassungsmäßigem Weg bewilligt werden, müssen wir sie auf der Straße erkämpfen." Die Sitzung konnte erst am andern Morgen um 7 Uhr geschlossen werden.

### Ein Minister auf der Anklagebank

**Braunschweig**, 14. Dez. Der frühere sozialdemokratische Justizminister Junke hatte sich vor der Strafkammer wegen Urkundenfälschung zu verantworten.

# Handelsnachrichten

Dollarkurs am 14. Dez.: 7744.30 (8107.10).

1 Pfund Sterling 36 159.30, 100 holländ. Gulden 311 718.—, 100 Schweizer Franken 144 138.—, 100 franz. Francs 54 863.—, 100 ital. Lire 38 408.—, 100 österr. Kronen 11,07, 100 tschechische Kronen 28 590.—.

Weitere Preissteigerung auf der Berliner Häute-Versteigerung. Auf der 44. Versteigerung des Allgemeinen Häuteverwertungs-Verbands G.m.b.H. zu Berlin am 12. Dezember kamen 18 403 Stück Großviehhäute zur Versteigerung. Der Besuch war, wie immer, gut, jedoch erfolgte die Abgabe der Gebote recht vorsichtig, so daß sich der Verlauf derselben im allgemeinen ruhig gestaltete. Die Preise zogen aber in allen Gattungen und Gewichten um 30—40 v. H., einzelne Lose auch 50 v. H. gegen die Vorversteigerung an.

Am deutschen Flachsmarkt haben die Preise für Strohflachs im Vergleich zur Vorwoche etwas angezogen; für mittlere Sorten wurden 3000—4000 M gezahlt, während für gute und beste Sorten 4700—4900 Mark je Zentner erzielt wurden. Für Faserflachs bestand nur geringe Nachfrage, so daß die Preise nur unerheblich steigen konnten. Für Schwingflachs wurden 2000—2200 M für das Kilogramm bezahlt.

Die deutsche Kohlenausfuhr betrug in den letzten fünf Monaten:

| | in Tonnen: | im Werte v. Goldmark: |
|---|---|---|
| Juli | 2 394 933 | 51 008 404 |
| August | 2 385 734 | 48 771 679 |
| September | 2 385 699 | 50 727 828 |
| Oktober | 2 231 936 | 61 373 936 |
| November | 971 243 | 25 562 030 |

Die Zahlen für November sind noch unvollständig; es kommt noch die Einfuhr an Kohlen aus Polnisch-Oberschlesien und aus der Tschechoslowakei hinzu.

**Hohe Fellpreise.** Aus dem Schwarzwald wird berichtet, daß für Wildfelle außerordentlich hohe Preise bezahlt werden, so für Marder 60 000—80 000 Mark, für Füchse 25 000 M, Iltisse 8000 bis 10 000 M das Stück. — Eine Patrone für ein Jagdgewehr kostet 200 M.

**Gebr. Himmelsbach A.-G. in Freiburg** werden ihr Aktienkapital von 40 auf 120 Millionen Mark erhöhen.

## Märkte

**Stuttgart**, 14. Dez. Schlachtviehmarkt. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 317 Ochsen, 35 Bullen, 230 Jungbullen, 224 Jungrinder, 429 Kühe, 520 Kälber, 737 Schweine, 125 Schafe. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1.: 38—40 000 M, 2.: 26—34 000 M, Bullen 1.: 29 500 bis 32 000 M, 2.: 25—28 000 M, Jungrinder 1. 38—41 000 M, 2.: 33—34 000 M, 3.: 29—31 000 M, Kühe 1.: 28—32 000 M, 2.: 21 500—26 500 M, 3.: 14 500—18 000 M, Kälber 1.: 42 500 bis 44 500 M, 2.: 39 000—41 500 M, 3.: 35—38 000 M, Schweine 1.: 54 500—58 000 M, 2.: 49—53 000 M, 3.: 45—48 000 M. Verlauf des Marktes lebhaft.

**Backnang**, 14. Dez. Dem Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt: 2 Farren, 56 Ochsen und Stiere, 24 Kühe, 28 Rinder und Kalbinnen und 2 Kälber. Bezahlt wurde für einen Ochsen bezw. Stier 270 000—475 000 M, einen Farren 215 000 M, für eine Kuh 180 000—300 000 M, für ein Rind oder eine Kalbin 70 000—290 000 M. — Auf dem Schweinemarkt waren 5 Läufer- und 118 Milchschweine. Läufer kosteten 23 000—38 000 M, Milchschweine 13 000—20 000 M.

**Reutlingen**, 13. Dez. Dem Schweinemarkt waren 6 Läufer- und 174 Milchschweine zugetrieben, die bei flauem Handel zum Preise von 11 000—20 000 M pro Stück verkauft wurden. Auf dem Viehmarkt betrug die Zufuhr 65 Ochsen, 75 Kühe, 39 Rinder und 23 Kälber. Ochsen galten 280 000—380 000 Mark, Kühe 150 000—300 000 M, Rinder 290 000—300 000 Mark, Kälber 20 000—35 000 M je pro Stück. Auf dem Pferdemarkt standen 30 Arbeitspferde und 20 Schlachtpferde. Arbeitspferde wurden gehandelt zwischen 60 000 und 400 000 M, Schlachtpferde 45 000 bis 50 000 Mark.

## Wetter-Bericht

Ueber Süddeutschland steht Hochdruck, der auch noch einige Tage anzuhalten verspricht. Am Samstag und Sonntag ist trockenes und ziemlich kaltes Wetter zu erwarten.


### Geschäftliches.

**Wichtig für den Einkauf!**

**Nicht jeder gestrickte Anzug ist ein Bleyle Anzug.** Infolge der allgemeinen Beliebtheit von **Bleyle's** Fabrikaten wird immer wieder versucht, unter unberechtigter Verwendung des Namens **„Bleyle"** in unlauterer Weise Nachahmungen anzubieten, um so von dem Erfolg und dem guten Ruf des Originals mitzuzehren. Demgegenüber wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur die von der Firma **Wilh. Bleyle, G. m. b. H., Stuttgart,** hergestellten Erzeugnisse, unter der **gesetzl. geschützten Marke „Bleyle"**, vor deren mißbräuchlicher Verwendung gewarnt wird, verkauft werden dürfen. **Jedes Stück** hat den Namen **„Bleyle"** eingenäht. Wo **„Bleyle's"** Fabrikate am Platz nicht erhältlich sind, wende man sich an das Spezialversandgeschäft **Aug. Friedr. Sauer, Stuttgart 52, Neue Brücke 1.** Die Firma sendet auf Verlangen ausführliche **Preislisten umsonst** und portofrei. **Wer beim Kauf auf die Echtheit achtet, schützt sich vor Enttäuschungen.** 1787


# Aus Geschichte und Sage unserer Heimat Nagold

von Hermann Kiefner.

(Fortsetzung.)

Die Ausfüllung des Hauptgrabens war im Schutze der Nacht erfolgt. Der Angriff bei Tage richtete sich vor allem gegen das feste Hauptor in der äußeren Ringmauer, nach Westen zu gelegen. Das Belagerungszeug, die „Katze", trat jetzt in Tätigkeit. Es war dies ein langes, niedriges, viereckiges Häuschen, welches ein weit herunterreichendes Dach aus starken und engaufgefügten Balken hatte, dessen Seiten durch dicke Bretter geschlossen waren, und das hinten und vornen offen und auf Rädern weiter schiebbar war. Nachdem die „Katze" und eine kleine Steinwurfmaschine („Bilde") unter dem Schutze der diesseitigen Armbrustschützen herbeigeschafft worden, wurde jene über den ausgefüllten Hauptgraben hin auf das Tor zugeschoben; denn darin befanden sich die Schmiede, Zimmerleute und Streiter des Belagerungsheeres. Erstere sollten nun das Tor einhauen oder einbrechen. Während dem hatten die Armbrustschützen ihre Geschosse auf die jenseitigen zu richten, die Bilde aber mit ihren Steinwürfen die Bedachung der äußeren Ringmauer, unter welcher diese standen, zu zertrümmern. Herabgeworfene brennende Pechkränze steckten das Dach der „Katze" in Brand. Oft genug mußten die Angreifer die Antwerke wieder zurück nehmen und ausbessern. Es traten Pausen in den Operationen ein, in denen neue Rüstungen gemacht, neue Angriffe vorbereitet wurden. Das Dach der „Katze" wurde durch frische Tierhäute vor dem Anbrennen geschützt. Eine schwere Wurfmaschine, der „Trybock", wurde beigezogen, welcher schwere Steine aus seinem Steinkasten schleuderte. Der Sturmbock („Widder" auch „Krebs"), auf einem bedeckten, festen vierrädrigen Gestelle, rannte gegen die Mauern an und schlug Breschen. Endlich baute man einen hölzernen Turm, welcher mindestens so hoch als die Mauern der Burg war (daher „Ebenhoch"), der auf Rädern gegen die Burg bewegt wurde. In einer mondhellen Nacht wurden durch eine zahlreiche, durch Bauern verstärkte Mannschaft auch die Vorwerke auf der Morgenseite der Burg gestürmt. Dann wurde der Hauptsturm vorbereitet. Der hölzerne Turm war dem auf der mitternächtlichen Ecke der äußeren Ringmauer befindlichen Turm genähert, den er noch überragte. Seinen Unterbau hatte man mit Steinen gefüllt, um ihm mehr Standfestigkeit zu geben. Darauf stiegen unverweilt Bewaffnete, darunter Armbrustschützen in das erste, zweite und dritte Stockwerk desselben, letztere aber besetzten sofort dessen Plattform. Im vierten Stock war eine Fallbrücke angebracht, um solche zur Zeit auf die Ringmauer niederzulassen. Auch die „Katze" füllte sich mit Bewaffneten, Werkschmieden und Zimmerleuten und wurde vor das Haupttor der Westseite geschoben; der „Krebs" aber zur Rechten derselben gegen die dicke äußere Ringmauer gerichtet. Der sollte unter dem Schutze zahlreicher Armbrustschützen arbeiten, welche auf dem für dieselben hergerichteten Umgang des „Mantels" sich aufgestellt hatten. Hinter diesem aber stand ein starker Haufen von Rittern u. Knechten unter den Befehlen eines der Grafen, bereit, auf ein gegebenes Zeichen hervorzubrechen und in die Burg einzudringen. Der Tribock wurde von den Antwerkmeistern in einer seiner Wirkung angemessenen Entfernung von der äußeren Ringmauer der Ostseite, gedeckt durch ein großes Schirmdach, aufgestellt, die eine der „Katzen", demannt wie die auf der Westfront, gegen das Tor, die andere vor eine passende Stelle der Ringmauer geschoben. In letzterer befanden sich die Bergleute von Altbulach. (Das dort betriebene Bergwerk auf Silber und Kupfer war im Mittelalter, laut Urkunde von 1322 ein von den Grafen v. Hohenberg getragenes Reichslehen.) Sie sollten mit stählernen Spitzhacken eine Bresche in die Mauer einhauen.

Auf ein verabredetes Zeichen, eine aufsteigende gewaltige Rauchsäule, begann der Sturm von allen Seiten zugleich. Aber auch die Belagerten hatten nichts versäumt und empfingen den Feind kräftig. Schwere Holzklötze und Balken, eine Masse Steine, war auf den Umgang der Ringmauer geschafft worden, wobei selbst die zarten Hände der Frauen und Töchter der drei Herren von Waldeck mitgeholfen hatten; die Roßbuben und anderes gemeine Burggesinde standen bereit, um solche auf die Antwerke des Feindes und deren Bedienung hinabzuschleudern; Haufen von Pechkränzen lagen da und dort, welche man an bereit gehaltenen Feuern anzünden wollte, um damit Maschinen, Schirmdächer und Hürden des Feindes in Brand zu stecken. Die Verteidiger hatten sich auch mit Wurf- und Jagdspießen versehen, mit langen, eisernen Haken wollte man den hölzernen Belagerungsturm erfassen und zu Fall bringen. Aber es half nichts. Die kleine Burgbesatzung war dem anbringenden Feind auf die Dauer nicht gewachsen. Das Burgtor wurde eingehauen u. gestürmt, das Torhaus genommen, durch eine Bresche die äußere Ringmauer erstiegen, fast gleichzeitig mittels der Fallbrücke des „Ebenhoch". Gewaltig sausten die vom Trybock geschleuderten schweren Steine auf Zinnenkranz und Dach des Umgangs der Mauer und vertrieben die Verteidiger von der Plattform des runden Eckturms und des viereckigen Bergfrieds (Reduit). Traf aber ein Wurf den First oder das Dach des Frauenhauses, so schlug die Steinkugel durch und die erschreckten Bewohnerinnen flüchteten sich jammernd in den unter der Burgküche befindlichen Felsenkeller. Wenige auf den Vorhof gerichtete Würfe aber machten aus den dortigen Gebäuden einen Trümmerhaufen. Ueber den Burghof zu gehen wagte niemand mehr, nachdem ein Wurf in die herrliche Burglinde eingeschlagen und diese zerschmettert hatte. Als aber [illegible] Pechkränze auf die Burg und den Vorhof geworfen wurden, dazwischenhinein Brandpfeile durch die Luft schwirrten, da und dort durch schmale Scharten hineinflogen, aus dem Vorhof bald auch hohe Rauch- und Feuersäulen aufstiegen und das zunächststehende Frauenhaus bedrohten, da wurden die Herren von Waldeck von ihren Frauen und Kindern fußfällig gebeten, sie sollten die Burg übergeben. Sie gaben auch endlich nach und ließen auf dem viereckigen Hauptturme die weiße Fahne hochgehen. Daraufhin ließ König Rudolf sofort die Feindseligkeiten einstellen. Die drei stolzen Herren von Waldeck, welche ihrem Lehensherrn und selbst dem Reichsoberhaupt mit den Waffen in der Hand getrotzt hatten, fügten sich, weiter bestürmt und angefleht von ihren Frauen in das Unvermeidliche und übergaben, wie von ihnen verlangt worden, knieend um Gnade bittend, die Schlüssel der inneren Burgtore. Darnach fielen auch die kleineren, bis jetzt nur blockierten Burgen der Waldeckischen Dienstmannen und wurden gebrochen. Die Waldecker und ihre Burg scheinen jedoch von Rudolf von Habsburg glimpflich behandelt worden zu sein. Die Zerwürfnisse zwischen Hohenberg und Waldeck waren abgetan. Nur in der Sage lebt das Andenken an die schreckliche Katastrophe weiter und webt gleich den Epheuranken um das Ruinengemäuer, der ganz im lichten Buchenwald versteckten Burg. Nach einer dieser Sagen sollen in alten Zeiten auf der Burg Ober-Waldeck Grafen ihren Sitz gehabt, aber das löbliche Gewerbe des Straßenraubs getrieben haben. Da seien sie zu Zeiten mit ihren Rittern und Knechten in das Tal hinabgebrochen, hätten die des Weges daherkommenden Kaufmannsgüter weggenommen und samt deren Besitzern auf ihre Burg geschleppt, um von den Angehörigen der letzteren ein Lösegeld auszupressen. Dazu hätten sie sich eines unterirdischen Ganges bedient, welcher von dem Tale in ihre Burg hinaufführt und in einen festen Turm ausgemündet, der noch gegen 60 Schuh unter den Boden hinabgereicht habe, in welchem selbst die Besitzer mittels eines Haspels in die Burg hätten hinaufgezogen werden können. Nun sei es schließlich bei einem solchen Raubzug geschehen, daß der Graf verfolgt worden, die Verfolger in die Burg eingedrungen seien und diese in Brand gesteckt hätten. Dabei soll auch des Grafen Tochter, Krimhilde, umgekommen sein. Zu ihrem größten Schrecken aber hätten die Verwüster der Burg, als sie beim Weiterziehen sich einmal umgedreht, um sich an dem Anblick der brennenden Burg zu weiden, aus den hochaufloderenden Flammen eine silberne Schlange mit goldener Krone aufsteigen sehen. Noch aber soll Krimhilde in den Ruinen und unterirdischen Gängen des Schlosses hausen und ihrer Erlösung harren. Ja man habe sie schon als Jungfrau mit goldenen Haaren, auch als Schlange mit glänzenden Silberschuppen gesehen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

## Amtliche Bekanntmachung.

**Viehseuchenumlage für das Jahr 1923.**

Durch Verfügung des Ministeriums d. Innern vom 8. Dezember 1922 ist die Viehseuchenumlage für das Jahr 1923 im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuß der Zentralkasse der Viehbesitzer, dem neben 2 beamteten Tierärzten 6 von der Landwirtschaftskammer vorgeschlagenen Landwirte angehören, folgendermaßen festgesetzt worden:

1. Von jedem **Pferd und Maultier** ist ein Beitrag von . . . . . 1000 ℳ
   sofort, auf 1. August 1923 weitere 1000 ℳ
   zus. 2000 ℳ
   von jedem **Esel und Maulesel** ein Beitrag von . . . . . 250 ℳ
   von jedem **3 Monate alten** und älteren Stück **Rindvieh** . . . . 250 ℳ
   von jedem **unter 3 Monate alten Kalb** . . . . . 100 ℳ
   von jeder **Ziege** . . . . . 5 ℳ
   zu entrichten.
2. Für die Verpflichtung zur Leistung der sofort fälligen Beiträge ist die Aufnahme der Pferde usw., sowie der Rindviehbestände bei der Viehzählung am 1. Dezember 1922 maßgebend.
3. Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß diesmal für die Kopfzahl der beitragspflichtigen Tiere das Ergebnis der am 1. Dezember 1922 stattgefundenen Viehzählung **unbedingt** maßgebend ist und Einwendungen in Beziehung auf nach der Viehzählung eingetretene Veränderungen in der Kopfzahl der Tierbestände auch die Berücksichtigung, die für sie bei der letzten Umlage vorgesehen war, **nicht** finden.

Die **Gemeindebehörden** werden unter Hinweis auf die Ministerialverfügung vom 8. Dez. 1922 — Staatsanz. Nr. 290 — angewiesen, die genannten Termine **pünktlich** einzuhalten, sowie dem 2. Absatz der Ziffer 4 der Verfügung Rechnung zu tragen.

Die erforderlichen Vordrucke gehen den Gemeinden so rasch als möglich zu. 1740

Nagold, den 12. Dezember 1922.

Oberamt: Münz.

---

**Wildberg.** 1742

# Achtung! Arbeiter!

Infolge Abänderung unseres Programms, streicht den Seeger und gebt je 2 Stimmen für

**Proß Fr.**, Kaufmann
**Dürr Ag.**, Bauer
**Steimle Fr.**, Schreiner.

**Sozialdemokratischer Verein Wildberg**

---

**Effringen.**

# Wahlvorschlag!

Friedrich Dürr, Landwirt,
Christian Geigle, Goldschmied,
Jakob Huber, Schmiedmeister,
Joh. Gg. Nikolaus jr., Landwirt.

**Viele Wähler.**

1698

---

# Ostertag-Kassenschränke

1211 kurzfristig lieferbar

**Alleinvertretung für die Oberämter Nagold u. Calw:**

**Georg Köbele, Nagold.** Tel. 126.

---

Setze eine 1741

# junge Kuh

wegen Entbehrlichkeit dem Verkauf aus.

**Morlok z. Lamm, Mötzingen.**

---

# Hermann Knodel, Nagold

empfiehlt als wertvolle

# Weihnachtsgeschenke:

1703

**Kaffeeservice**
**Waschgarnituren**
**Glasvasen, Glaskrüge**
**Buttermaschinen**
**Kaffee- u. Spätzle-Mühlen**
**Brotkapseln, Küchenwagen, Wärmflaschen**
**Emailwaren, Küchengeräte**
**Christbaumständer und**

# Spielwaren.

---

# Kladderadatsch

Satirisches Witzblatt

Seit dem Jahre 1848 lacht der Kladderadatsch über die Dummheit und Schwächen der Zeitgenossen und kämpft lächelnden Antlitzes mit den Waffen des Humors und der Satire d. h. mit Feder und Zeichenstift gegen alles Faule auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiete. Jede einzelne Nummer trägt zu einer im Spiegel der Karikatur und Satire gesehenen Chronik der Weltereignisse bei.

**Probenummern** und **Bestellungen** durch

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

---

**Bezirks-Wirtsverein Nagold.**

Am nächsten **Sonntag, den 17. d. Mts., nachm. 3 Uhr** findet bei Kell. Ottmar z. „Sonne" **Ebhausen** eine

**Bezirks-Versammlung**

statt. **Tagesordnung** wird im Lokal bekannt gegeben. Zu zahlreichem Besuch ladet ein. 1752

**Der Ausschuß.**

---

Wegen Heimberufung des seitherigen Mädchens suche ich auf 1. Januar oder später fleißiges, pünktliches 1738

# Mädchen

in kleine Familie (3 Erwachsene), dem Gelegenheit geboten wäre, das Kochen selbständig zu erlernen. Zeitgemäß Lohn.

**Frau Oberstleutnant von Raben**
**Eßlingen a. N.**
Friedrichstr. 4 II.

---

# Kalender

bei G. W. Zaiser, Nagold.

---

Gültlingen.

# Wahl-Vorschlag!

Wähler und Wählerinnen wählt am Samstag keine Männer, die abgedankt oder eine Wiederwahl abgelehnt haben, wählt deshalb Männer, die ihr eigenes Ich nicht in den Vordergrund stellen, sondern das Wohl des Ganzen im Auge haben. Als solche schlagen wir vor:

Johs. Reichardt, Wagner
Gg. Gackenheimer, Pflästerer
Karl Walz, zum Hirsch
Gg. Schimpf, alt Gemdpfl. Sohn
Fr. Dengler I

1738 **Viele Wähler.**

---

**Jüngerer Metallschleifer**

kann sofort oder in 14 Tagen eintreten. 1754

**Metallwarenfabrik Nagold**
**G. m. b. H.**

---

Eine ältere 1739

# Schaffkuh,

36 Wochen trächtig, verkauft am **Montag, 18. Dezember.**

**Joh. Geigle, Gipser**
Mötzingen

---

**Oberschwandorf,** den 14. Dez. 1922.

# Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir beim Hinscheiden und während der Krankheit unserer lieben unvergeßlichen Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante 1743

## Nane Gutekunst

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, für den erhebenden Gesang der Schüler, für die vielen Kranzspenden, besonders seitens ihrer Altersgenossen, für die zahlreiche Leichenbegleitung von hier und auswärts sagen herzl. Dank

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

---

Walddorf.

# Mitbürger! Achtung!

Wollet Ihr Männer die für das Wohl der Gemeinde eintreten, so wählt:

**Jakob Schöttle**, Zimmermann
**Jakob Walz**, Wagner
**Adam Stickel**, Maurer
**Christian Stickel**, Gipser
**Christian Hiller**, Kaufmann
**Otto Walz**, Bauer
**Johannes Seeger** von Monhardt.

1747 **Viele Wähler.**

---

**Pfrondorf.** 1750

# Ernstgem. Wahlvorschlag.

**Mitbürger besinnt Euch, ehe Ihr zur Wahl schreitet gebt deshalb Eure Stimme**

1. Johannes Hartmann, Fischzüchter
2. Jakob Brenner, Gipser
3. Andr. Renz, Bahnarbeiter
4. Joh. Georg Dingler, Hirschwirt

**Im Sinne vieler Wähler.**

---

# Losungsbüchlein

zu haben bei **G. W. ZAISER, Buchdruckerei.**

---

**Nagold.** 1753

# Löwenlichtspiele.

Nur noch heute
**Freitag abend 8.15**

**Im Schuldbuch des Hasses.**

5 Akte.

Dazu **Lustspiel** in 2 Akten.

**Neues Programm!**

**Samstag 8.15 und Sonntag 2.30, 4.30, 8.15**

**Die Hexe vom Solaruh.**

Großes Filmschauspiel in 7 Akten.

Sowie **Lustspiel** in 2 Akten.

---

**Konsum- u. Sparverein Nagold.** 1744

**Die Zuckerabgabe beginnt heute.**

---

2 sehr gut erhaltene

**Militär-Mäntel**

1 schwarzer, 1 grauer für mittlere Figur, zu verkaufen od. geg. Frucht umzutauschen. 1749

Näheres i. d. Geschäftsstelle des Gesellschafter.

---

# Schwämme

bei **Buchhandlg. Zaiser.**

---

# Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillenkleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

**C. Berner, Pforzheim,** Ecke Metzger- u. Blumenstr.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw